



Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Finanzkommission
vom: 29. November 2010
zur Vorlage Nr.: [2010-316](#) / [2010-316 01-22](#)
Titel: **Voranschlag 2011**
Parlamentarische Anträge zum Voranschlag 2011
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



2010/316
2010/316/01-22

Kanton Basel-Landschaft

Landrat

Bericht der Finanzkommission an den Landrat

Voranschlag 2011 Parlamentarische Anträge zum Voranschlag 2011

Vom 29. November 2010

1. Einleitung

Der vorliegende Bericht behandelt neben dem Voranschlag 2011 auch die fristgerecht eingereichten 22 (Vorjahr: 47) parlamentarischen Budgetanträge.

An der Sitzung vom 22. September 2010 orientierten Regierungsrat Adrian Ballmer und Finanzverwalterin Yvonne Reichlin die Finanzkommission über das Budget 2011. In der Folge haben die vier Subkommissionen den Voranschlag eingehend geprüft.

Wie in den vergangenen Jahren hat die Finanzkommission im Rahmen der Budgetberatung am 20. Oktober 2010 ein ganztägiges Hearing mit der Direktionsvorsteherin und den Direktionsvorstehern und mit dem Präsidenten des Kantonsgerichts durchgeführt. Aus den Ausführungen am Hearing und den zusätzlich bei den Direktionen eingeholten Antworten gingen verschiedene kritische Anmerkungen und Empfehlungen der Subkommissionen hervor.

Am 17. November 2010 hat die Finanzkommission die Berichte der Subkommissionen, die 22 Budgetanträge sowie das Budget 2011 an einer weiteren ganztägigen Sitzung abschliessend beraten und verabschiedet. Die Direktionsvorsteherin, die Direktionsvorsteher und der Kantonsgerichtspräsident erhielten Gelegenheit, ergänzende Argumente darzulegen.

2. Bericht des Regierungsrates zum Budget 2011

Seinen Bericht zum Budget 2011 fasst der Regierungsrat folgendermassen zusammen:

- Das Budget 2011 ist ein erster Schritt zur Konsolidierung des Staatshaushaltes.
- Das Defizit gegenüber dem Vorjahr wird um 23.9 Mio. Fr. reduziert.
- Die Saldoverbesserung ist das Ergebnis des Wirtschaftsaufschwungs und des restriktiven Ausgabenverhaltens.
- Kurzfristig machbare Entlastungsmassnahmen wurden umgesetzt.
- Die Defizitbremse wird ohne Steuerfusserhöhung eingehalten.
- Das Budget 2011 ist Teil einer Finanzstrategie.
- Die Vorlage zur Aufgabenüberprüfung sollte im Frühjahr 2011 fertig gestellt sein.

2.1 Eckwerte des Budgets 2011

Das Budget 2011 rechnet mit einem Defizit in der Höhe von 91.2 Mio. Fr. im operativen Ergebnis der Erfolgsrechnung. Unter Berücksichtigung der Entnahme von 71 Mio. Fr. aus dem Eigenkapital resultiert ein Defizit im Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung in der Höhe von 20.2 Mio. Franken. Aufwand und Ertrag reduzieren sich im Vergleich zum Budget 2010 um 2 resp. 3 Prozent. Die Bruttoinvestitionen erreichen mit 468 Mio. Fr. eine neue Rekordhöhe. Die Nettoinvestitionen betragen 374.4 Mio. Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad fällt mit -0.2 Prozent zum zweiten Mal in Folge (knapp) negativ aus.

2.2 Defizitbremse

Das Budget 2011 entspricht den Bestimmungen zur Defizitbremse, die am 1. Juli 2008 in Kraft gesetzt worden sind. Der Aufwandüberschuss in der Erfolgsrechnung beträgt nach der Eigenkapitalentnahme in der Höhe von 71 Millionen Franken weniger als 3 Prozent der budgetierten Erträge aus der Einkommenssteuer (= rund 27 Millionen Franken). Das Eigenkapital reicht zur Deckung des Aufwandüberschusses aus, so dass keine Steuerfusserhöhung notwendig ist.

2.3 Investitionsrechnung

Die Bruttoinvestitionen werden mit 468 Mio. Fr. veranschlagt. Das hohe Niveau der Investitionsausgaben ist in erster Linie auf die geplante Übernahme der Sekundarschulbauten durch den Kanton zurückzuführen (200 Mio. Fr.).

Die Nettoinvestitionen betragen 374.4 Mio. Fr. Zieht man allerdings die 200 Mio. Fr. für die Sekundarschulbauten ab, dann bewegen sich die Nettoinvestitionen auf dem gewohnten Niveau von etwa 170 Mio. Franken.

2.4 Ressourcenindex

Grundlage für den Ressourcenausgleich im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenverteilung zwischen dem Bund und den Kantonen (NFA) bildet der Ressourcenindex (Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen, Gewinne der juristischen Personen). Der Ressourcenindex des Kantons Baselland für

das Jahr 2011 ist gegenüber dem Vorjahr von 101.2 um 3 Indexpunkte auf 98.2 Punkte zurückgegangen. Mit diesem Indexrückgang rutscht der Kanton erstmals seit längerer Zeit aus der Gruppe der finanzstarken Kantone in die Gruppe der so genannten ressourcenschwachen Kantone ab.

Zwischen 2003 und 2007 ist das schweizerische Ressourcenpotenzial um 25 Prozent gewachsen, dasjenige des Kantons Basel-Landschaft lediglich um 14 Prozent. Das Ressourcenpotenzial des Kantons Baselland ist nicht zurückgegangen, sondern es kann nicht mit dem Wachstum der sieben vor ihm klassierten Kantone mithalten.

2.5 Finanzlage der Baselbieter Gemeinden

Die Finanzlage der meisten Baselbieter Einwohnergemeinden ist als gut bis sehr gut zu beurteilen: 50 Gemeinden, d.h. mehr als die Hälfte der Gemeinden, haben im Jahr 2009 einen Ertragsüberschuss erwirtschaftet. Die Steuererträge der Gemeinden sind gegenüber dem Vorjahr ganz leicht auf 664 Mio. Fr. gesunken. Dank des Finanzausgleichs ist die Bandbreite der Steuerbelastung unter den Baselbieter Gemeinden im Vergleich mit anderen Kantonen relativ eng (42% bis 68%).

2.6 Übernahme der Sekundarschulbauten

Im Investitionsbudget 2011 sind für die Übernahme der Sekundarschulbauten und -anlagen 200 Mio. Fr. eingesetzt. Im Sinne einer transparenteren Rechnungslegung wird der Anlagewert der übernommenen Sekundarschulbauten in der Bilanz aktiviert und über die Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Anstelle einer einmaligen Entnahme aus dem Schulbautenfonds (Rubrik 8030) zugunsten der Investitionsrechnung, wird der Fonds neu zur Finanzierung der Abschreibungen in der Erfolgsrechnung herangezogen.

2.7 Vorwirkung der neuen Spitalfinanzierung

Per 1. Januar 2012 tritt die neue Spitalfinanzierung in Kraft; es werden Fallpauschalen nach Vollkostenprinzip eingeführt. Dies bedeutet, dass die Investitionskosten bzw. die Abschreibungen und die Verzinsung der Investitionen im fallbezogenen Preis inbegriffen sein werden. Es ist denkbar, dass im Zusammenhang mit einer Ausgliederung von Spitalimmobilien das Budget 2011 noch tangiert wird; dabei könnten ausserordentliche Abschreibungen oder ausserordentliche Erträge anfallen.

3. Würdigung des Budgets 2011 aus der Sicht der Finanzkommission

3.1 Eintreten

Für die Finanzkommission ist klar: Dieses Budget mag keineswegs zu befriedigen. Allseits wird betont, dass das Budget nicht ausgereizt und durchaus noch Sparpotenzial vorhanden sei. Dringender Handlungsbedarf ist angesagt, damit die Kantonsfinanzen wieder ins Lot gebracht werden können – die Frage ist nur, wie dies zu bewerkstelligen ist.

Hier einige (gekürzte) Auszüge aus der Eintretensdebatte in der Finanzkommission:

Für die SP sei klar, dass der Fehler, sparen zu wollen und gleichzeitig die Steuern zu senken, nicht wiederholt werden darf. Auch dürfe nicht sein, dass man die Mitarbeitenden der Verwaltung zu mehr Produktivität zwingt und ihnen gleichzeitig Mittel entzieht. Die Haltung «Jeder für sich und alle gegen den Staatshaushalt» sei keine Strategie und habe keine Zukunft – weder in der Regierung noch im Landrat.

Die SVP will das Budget zurückweisen und die Regierung beauftragen, nochmals über die Bücher zu gehen und in allen Direktionen den Hebel anzusetzen. Was mit der angesagten Aufgabenüberprüfung in vier Monaten möglich sein soll, könne heute schon getätigt werden. Für die SVP sei es wichtig, dass die Standortattraktivität des Kantons gewahrt bleibe. Dies hänge davon ab, ob Spielraum für Steuererleichterungen geschaffen werden könne.

Die FDP betont, dass wir – u. a. wegen der Nachwirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise – gezwungen seien, mit einer nachhaltigen Aufgabenüberprüfung einen aussergewöhnlichen – wenn auch steinigen – Weg zu gehen. Pauschale Kürzungen seien nicht der richtige Weg. Sehr wesentlich erscheint es der FDP, dass die genannten Prioritäten in den Vordergrund gestellt und umgesetzt werden. So müsse die Standortattraktivität erhalten bleiben, und die bestehenden Infrastrukturen müssten à jour gehalten werden.

Die CVP/EVP erwartet in dieser speziellen Situation von allen politischen Verantwortlichen Augenmass und vernünftiges, vor allem zielorientiertes Handeln. Die ernsthaften finanziellen Probleme seien nicht mit einem Rückweisungsantrag des Budgets oder mit "Hauruck-Aktionen" zu lösen. Weder eine Steuererhöhung noch eine Schuldenerhöhung zu Lasten der jüngeren Generation komme in Frage. Kein Weg führe an einer Aufgabenüberprüfung vorbei.

Die Grünen stellen fest, dass immer auf nächstes Jahr vertröstet würde, aber auch im nächsten Jahr jeweils nichts geschehe. Es bestehe auch heute keine Bereitschaft, an diesem Kurs Korrekturen anzubringen. Die Grünen hätten einen konstruktiven Weg gesucht und mit ihren Budgetanträgen Hand zu moderaten Kürzungen geboten. Wenn aber das Parlament nicht bereit sei, wenigstens anzufangen, Kürzungen vorzunehmen, dann könnten die Grünen diesem Budget nicht zustimmen.

3.2 Rückweisungsantrag

Antrag Nr. 2010/316-01 der SVP-Fraktion betreffend Rückweisung des Budgets 2011 an die Regierung mit dem Auftrag,

- a) *durch ausgabenseitige Einsparungen den budgetierten Aufwand im Staatshaushalt 2011 gesamthaft um insgesamt 3.5% zu reduzieren. -96'000'000*
- b) *dem Landrat mit dem Budget 2011 die Eckwerte und den Terminplan für eine Aufgabenüberprüfung mit Wirkung für das Budget 2012 und die Finanzplanjahre vorzulegen*

Von Seiten der SVP wird mitgeteilt, dass diese bereit sei, den Rückweisungsantrag abzuändern. Statt einer Reduktion des Staatshaushaltes um 3,5% verlangt sie eine Re-

duktion von 2,8%, da sich das Budget zwischenzeitlich etwas verbessert habe.

Die SVP glaube nicht daran, dass es im Parlament ohne Weiteres möglich sein wird, Abstriche von 80 Mio. Fr. zu machen. Die Ansätze zum Sparen seien bereits heute bekannt. Daher sei die Rückweisung des Budgets der einzig richtige Weg, damit der Regierungsrat konkrete Einsparungen bewerkstelligen könne.

Die Grünen unterstützen den Rückweisungsantrag, die SP, die FDP und die CVP/EVP lehnen ihn ab – im Sinne der beim Eintreten (s. oben) geäußerten Begründungen.

Die Regierung betont, dass im Voranschlag 2011 zahlreiche Entlastungen umgesetzt worden seien, so dass das operative Ergebnis gegenüber dem Vorjahr um rund 24 Mio. Fr. besser ausfällt. Es seien diejenigen Entlastungsmassnahmen, welche kurzfristig realisierbar sind, umgesetzt worden. Kein kurzfristiger Handlungsspielraum besteht bei jenen Ausgaben, die auf Bundesrecht basieren (z.B. Kantonsbeiträge an die Ergänzungsleistungen zur AHV, Ressourcenausgleich NFA), auf staatsvertraglichen Vereinbarungen (z.B. Universität Basel, FHNW, Straf- und Massnahmenvollzugskonkordat, Schulabkommen), auf kantonalesgesetzlichen Bestimmungen (z.B. Prämienverbilligungen, Investitionsbeiträge an Alters- und Pflegeheime, Staatsbeiträge an Unternehmen des öffentlichen Verkehrs) oder auf vertraglichen Vereinbarungen (Leistungsvereinbarungen im Sonderschulbereich).

:// Die Finanzkommission lehnt den Antrag der SVP auf Rückweisung des Budgets mit 8:5 Stimmen ab.

4. Spezifische Bemerkungen der Subkommissionen

4.1 Finanz- und Kirchendirektion (FKD)

In der FKD wurden in den letzten Jahren wesentliche Arbeiten zur Produktivitätssteigerung in der gesamten Verwaltung angestossen und auch erfolgreich umgesetzt. Hier gilt es insbesondere die erfolgreiche Einführung von SAP zu erwähnen. Diese Investitionen zu Lasten des laufenden Budgets gehen auch im Jahre 2011 weiter. Die mit der Einführung dieser Produktivitäts-Tools versprochenen Rationalisierungen sind jedoch in der Verwaltung bis anhin kaum sichtbar, geschweige denn finanziell messbar. Mit wenigen Ausnahmen (diese notabene in der FKD) sind kaum Einsparungen im Budget 2011 erkennbar. Vor diesem Hintergrund und den erneut steigenden Investitionen in entsprechende Informatiklösungen ist in diesen Projekten den konkret erzielbaren Einsparmöglichkeiten stärkeres Gewicht beizumessen. Dies wäre vermutlich schon für das Budget 2011 möglich gewesen und muss für das Budget 2012 ein unbedingtes Ziel sein.

4.2 Sicherheitsdirektion (SID)

Mit der Schaffung einer vereinigten Staatsanwaltschaft unter dem Dach der Sicherheitsdirektion ist ein grosser Teil des Budgets zur SID gewandert.

Für 2011 wurde im Wesentlichen mit der Summe der aktuellen Kosten der 6 Vorgängerabteilungen budgetiert. Erst im Laufe des Jahres 2011 und im Hinblick auf das Budget 2012 wird ersichtlich sein, ob infolge allfälliger Synergie-Effekte Einsparpotenzial vorhanden ist.

4.3 Gerichte

Der Transfer der Staatsanwaltschaft zur SID und wesentliche Aufgabenänderungen durch die Einführung einer neuen, gesamtschweizerisch gültigen ZPO bzw. StPO machen Vergleiche zu früheren Planperioden nur sehr beschränkt möglich. Es bleibt abzuwarten, ob die absehbaren Vereinfachungen oder die neuen Zusatzaufgaben überwiegen und ob daraus ein positiver oder ein negativer Einfluss auf die Finanzen des Kantons resultieren wird.

4.4 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD)

Das operative Ergebnis der VGD verbessert sich gegenüber dem Vorjahr um 6 Mio. Fr. Dieser Wert wird durch einen höheren Betriebs- und Finanzertrag und verminderte Abschreibungen und nicht durch einen Rückgang des Personal- und Sachaufwandes herbeigeführt.

Im Bereich Entschädigung für Spitalleistungen in anderen Kantonen ist das Budget gegenüber dem Vorjahr um 3,375 Mio. Fr. entlastet worden, wovon 1,5 Mio. Fr. auf den Betrieb des Herzkatheterlabors im Kantonsspital Liestal zurückzuführen sind.

Eine Belastung um 2,85 Mio. Fr. erfährt das Budget gegenüber dem Vorjahr im Bereich der Finanzierung von Alters- und Pflegeheimen. Mit 22,85 Mio. Fr. wird hier ein Spitzenwert gegenüber den Vorjahren erzielt. Offensichtlich wollen die Heimträger noch vom alten Finanzierungsmodell profitieren. Gemäss Finanzplan wird die Pflegeheimfinanzierung auch in den kommenden Jahren mit 39,95 Mio. Fr. im Jahr 2012, 37,55 Mio. Fr. im Jahr 2013 und 20,65 Mio. Fr. im Jahr 2014 hohe Werte darstellen. Die APH-Finanzierung steht damit an der Spitze des Transferaufwandes bei der VGD. Auf den nächsten Rängen folgen mit 20,9 Mio. Fr. der Sockelbeitrag an Zusatzversicherte, mit 17,1 Mio. Fr. das Universitätsspital Basel und mit 14,9 Mio. Fr. das Universitätskinderspital beider Basel.

4.5 Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD)

Das Budget 2011 der BUD sieht gegenüber dem Vorjahresbudget eine leichte Verbesserung um 21.5 Mio. Fr. vor. Der Personalaufwand in der BUD nimmt gegenüber dem Budget 2010 um 2,75 Mio. Fr. (4%) zu. Die Anzahl Stellen erhöht sich um 17,6 auf 479,8 Stellen, was hauptsächlich auf die Übernahme der Sekundarschulbauten zurückzuführen ist. Im Hinblick auf diesen steigenden Personalbedarf beim Hochbauamt empfiehlt die Subkommission, dass der zusätzliche Personalbedarf im Zusammenhang mit der Übernahme der Sekundarschulbauten von 17 Stellen spätestens zwei bis drei Jahre nach der Übernahme durch den Kanton nochmals sorgfältig überprüft wird. Beim Sachaufwand ist im Vergleich zum Vorjahresbudget erneut ein leichter Anstieg festzuhalten. Da sich die Übernahme der Sekundarschulbauten schon im laufenden Jahr ausgewirkt hat (+7.6 Mio. Fr.), fällt die Zunahme mit 1.2 Mio. Fr. aber deutlich geringer aus als in den Vorjahren.

Aufmerken lässt die Entwicklung der Bilanz der kurzfristig nicht beeinflussbaren Transferausgaben, die gegenüber der Rechnung 2009 um 41 Mio. Fr. anstiegen. Darin schlagen hauptsächlich die Beiträge für die ÖV-Investitionsvorhaben (12 Mio. Fr.), die Erhöhung der Betriebskostenbeiträge beim ÖV (14 Mio. Fr.) sowie der Wegfall der Betriebskostenbeiträge für den ÖV der Ge-

meinden im Betrag von 19 Mio. Fr. zu Buche, die sich im Zusammenhang mit dem neuen Finanzausgleich auswirken.

Erneut vermindert sich aufgrund der Umsetzung des harmonisierten Rechnungsmodells (HRM2) der Abschreibungsaufwand. In der Bau- und Umweltschutzdirektion fällt mit 55,2 Mio. Fr. der überwiegende Teil der gesamten Abschreibungen der Kantonsrechnung im Umfang von 77,23 Mio. Fr. an.

Ein spezielles Augenmerk hat die Subkommission auf das in den letzten Jahren wiederholt festgestellte Nichtauserschöpfen des Investitionsbudgets gerichtet. Die Bruttoinvestitionen steigen gegenüber dem Budget 2010 von 424 Mio. Fr. auf 468 Mio. Fr., die Nettoinvestitionen von 226 Mio. Fr. gar auf 374 Mio. Fr.. Laut Auskunft der Bau- und Umweltschutzdirektion gelinge es voraussichtlich, die im Budget angeführten Investitionsvolumina auszuschöpfen.

4.6 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

Das Budget der BKSD weist eine Steigerung des Nettoaufwandes von 26.7 Mio. Fr. (3%) aus. Der Mehraufwand ist nachvollziehbar und durch die BKSD erklärt. Die Sparbemühungen der BKSD sind im Budget 2011 mit insgesamt 12 Mio. Fr. gesondert aufgezeigt. Die Erwartung an die BKSD bleibt, weiterhin in ihrem direkt beeinflussbaren Bereich aktiv zu bleiben, um der stetigen Kostensteigerung entgegenzuwirken. So sollen sinkende Schülerzahlen auch sinkende Kosten zur Folge haben, indem z.B. die Einhaltung der Richtzahl bei der Klassenbildung anzustreben sei.

Der Sollstellenplan wird um 10.9 Stellen (0.6%) erweitert, 2 Stellen davon im Zusammenhang mit der Übernahme der Sekundarschulbauten.

Den Aufwandsteigerungen bei der Universität und der Fachhochschule sind bei der Erneuerung der Leistungsaufträge Einhalt zu gebieten.

Während bei den Beiträgen an Heime und Sonderschulen die massiv gestiegenen Kosten im Budget 2008 noch hauptsächlich auf die Auswirkungen der NFA zurückzuführen waren, mussten 2009, 2010 und jetzt wieder im Budget 2011 markante Erhöhungen hingenommen werden. Hauptsächliche Begründung ist die grössere Anzahl von Jugendlichen resp. von Behinderten, die platziert werden müssen. Die Subko 4 erwartet von der BKSD dringlich, dass diese im Zusammenhang mit der Aufgabenprüfung 2011 einen Massnahmenkatalog vorlegt.

Die erste Tranche für die Umsetzung von Harnos ist im Budget 2011 enthalten. Es wird eine professionelle Projektorganisation erwartet, bei der auch die Gemeinden einbezogen werden sollen.

Die Stipendien basieren noch immer auf dem steuerbaren Einkommen. Die BKSD soll dringlich die Berechnungsbasis jener der Prämienverbilligung anpassen.

Bei den Projektbeiträgen Kultur von 3.69 Mio. Fr. müssen die Verträge vor Erneuerung im Jahr 2013 überprüft werden.

5. Parlamentarische Anträge zum Budget 2011

Antrag Nr. 2010/316-02 der SVP-Fraktion betreffend die Überprüfung und neue Beantragung sämtlicher Verpflichtungskredite.

Direktionen/Dienststelle: Alle Direktionen

Konto/Kontogruppe: 5.1 Verpflichtungskredite (Seite 256-263 Voranschlag 2011)

://: Die SVP-Fraktion zieht den Budgetantrag 2010/316/02 zurück.

Antrag Nr. 2010/316-03 der SVP-Fraktion betreffend Personalabbau durch einen sofortigen, generellen Personal-Einstellstopp.

Direktionen/Dienststelle: Alle Direktionen

Konto/Kontogruppe: 31 Personalaufwand

Die Antragsteller rufen in Erinnerung, dass der Landrat vor ca. sechs Jahren einen Stellenstopp beschlossen habe. Dieser sei aber nie eingehalten worden. Der Antrag solle bewirken, dass die Stellen bei Fluktuationen und bei Pensionierungen nicht automatisch wiederbesetzt werden.

Die Mehrheit der Finanzkommission lehnt den Antrag ab und schliesst sich der Argumentation des Regierungsrates an. Dieser erklärt, dass die Schaffung neuer Stellen aufgrund von neuen Aufgaben oder Gesetzesänderungen nicht immer vermeidbar sei. Im Jahr 2011 fallen neue Aufgaben im Rahmen der Übernahme der Sekundarschulbauten (BUD und BKSD) und aufgrund des organisatorischen Wechsels der Statthalterämter zur SID an.

Bevor der Regierungsrat Massnahmen im Personalbereich beschliesse, müssen die Resultate der aktuellen Aufgabenüberprüfung vorliegen. Zuerst müsse der Aufgabenabbau realisiert werden, und erst dann könnten die personalpolitischen Folgemassnahmen umgesetzt werden.

://: Die Finanzkommission lehnt den Budgetantrag 2010/316/03 mit 8:2 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

Antrag Nr. 2010/316-04 der Grünen Fraktion betreffend die Kürzung des Aufwandtotals der Dienststelle P2106 um 2%.

Direktionen/Dienststelle: Generalsekretariat FKD (P2100)

Konto/Kontogruppe: 3 Aufwand - 600'000.-

Die Antragsteller betonen, dass das Generalsekretariat sehr gute Arbeit leistet und gerade darum in der Lage sein sollte, das Ganze auch mit 2% weniger Mitteln gleich gut zu erreichen.

Die Mehrheit der Finanzkommission lehnt diesen Antrag ab und schliesst sich der Argumentation der FKD an.

Deren Generalsekretär gibt der Kommission zu bedenken, dass der überwiegende Teil der ungebundenen Mittel im Budget des Generalsekretariats Projekte des Informatikbereichs betrifft. Bei Reduktion des Dienststellensaldos würden Projekte in diesem Bereich ins Jahr 2012 verschoben bzw. bereits laufende Projekte langsamer abgewickelt werden, so dass die Projekterfolge später eintreten.

://: Die Finanzkommission lehnt den Budgetantrag 2010/316/04 mit 8:3 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

Antrag Nr. 2010/316-05 der SVP-Fraktion betreffend die Reduktion des Betrages im Konto für Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen auf CHF 5'000.- des Jahres 2010.

Direktionen/Dienststelle: Fachstelle für Gleichstellung (P2101)

Konto/Kontogruppe: 317 Spesenentschädigungen - 5'300.-

Die Mehrheit der Finanzkommission lehnt den Antrag ab und schliesst sich der Argumentation des Regierungsrates an. Dieser bekräftigt, dass es sich um eine langjährige Budgetpraxis in einem partnerschaftlichen Geschäft handle. Die Ausrichtung des Chancengleichheitspreises beider Basel fällt alternierend zwischen den beiden Kantonen Baselland und Basel-Stadt an. Im Jahr 2011 ist die Federführung wieder in Baselland, weshalb auch die Spesen wieder um diesen Betrag steigen.

://: Die Finanzkommission lehnt den Budgetantrag 2010/316/05 mit 10:3 Stimmen ab.

*Antrag Nr. 2010/316-06 der Grünen Fraktion betreffend die Kürzung des Aufwandtotals der Dienststelle P2104 um 2%.
Direktionen/Dienststelle: Personalamt (P2104)
Konto/Kontogruppe: 3 Aufwand - 400'000.-*

Die Mehrheit der Finanzkommission lehnt den Antrag ab und schliesst sich der Argumentation des Regierungsrates an. Dieser erklärt, dass eine Aufwandskürzung negative Auswirkungen auf die laufenden Projekte und die Dienstleistungen gegenüber Dritten hätte. Auf die Weiterentwicklung der Personalstrategie müsste verzichtet werden, die Kosten für die Schulung im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Mitarbeitergesprächs (MAG) müssten von den Direktionen übernommen werden und die geschützten Arbeitsplätze um 2 Stellen reduziert werden.

://: Die Finanzkommission lehnt den Budgetantrag 2010/316/06 mit 9:4 Stimmen ab.

*Antrag Nr. 2010/316-07 der SVP-Fraktion betreffend die Reduktion des Betrages im Konto für Material- und Warenaufwand auf CHF 85'370.- des Jahres 2010.
Direktionen/Dienststelle: Personalamt (P2104)
Konto/Kontogruppe: 310 Material- und Warenaufwand - 23'580.-*

Die Mehrheit der Finanzkommission lehnt den Antrag ab und schliesst sich der Argumentation des Regierungsrates an. Dieser bemerkt, dass bei einer Kürzung die geplanten Aktivitäten im Bereich des Personalmarketings und der Personalgewinnung (Broschüren/Infomaterial für interne und externe Zielgruppen) um die Hälfte reduziert werden müssten. Damit sei der notwendige Auftritt als Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr möglich.

://: Die Finanzkommission lehnt den Budgetantrag 2010/316/07 mit 8:4 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

*Antrag Nr. 2010/316-08 der Grünen Fraktion betreffend die Kürzung des Aufwandtotals der Dienststellen P2201, P2202 und P2203 um 2%.
Direktionen/Dienststelle: KIGA (P2201), Öffentliche Arbeitslosenkasse (P2202), Regionale Arbeitsvermittlungszentren RAV (P2203)
Konto/Kontogruppe: 3 Aufwand - 400'000.-*

Die Mehrheit der Finanzkommission lehnt den Antrag ab und schliesst sich der Argumentation des Regierungsrates an. Dieser weist darauf hin, dass der Aufwand (ohne Verpflichtungskredite und ohne Transferbereich) der angesprochenen Profitcenter bereits um 2.0 Mio. Fr. (8%) gegenüber dem Vorjahresbudget reduziert worden sei. Ausserdem würden die Profitcenter P2202 und P2203 zu 100% vom Bund refinanziert. Mit einer Reduktion des Aufwands beim KIGA würde der Saldo der Erfolgsrechnung daher nicht verändert.

://: Die Finanzkommission lehnt den Budgetantrag 2010/316/08 mit 10:3 Stimmen ab.

*Antrag Nr. 2010/316-09 der Grünen Fraktion betreffend die Begrenzung der Steigerung des Aufwandtotals der Dienststellen P2210, P2211 und P2212 auf 0.8% gegenüber dem Budgetwert von 2010.
Direktionen/Dienststelle: Kantonsspital Liestal (P2210), Kantonsspital Bruderholz (P2211), Kantonsspital Laufen (P2212)
Konto/Kontogruppe: 3 Aufwand - 3'900'000.-*

Für die Antragsteller ist bei den Kantonsspitalern das unterschiedlich hohe Kostenwachstum nicht erklärbar. Sie betonen, dass sowohl das Kantonsspital Bruderholz als auch das Kantonsspital Liestal im Jahre 2011 mehr Geld zur Verfügung haben werden als 2010. Erfreut wird zur Kenntnis genommen, dass das Budget 2010 nicht voll ausgeschöpft wird. Darum sollte es erst recht möglich sein, dem Antrag zuzustimmen.

Die Mehrheit der Finanzkommission lehnt den Antrag ab und schliesst sich der Argumentation des Regierungsrates an. Dieser macht deutlich, dass die Spitalbetriebe bereits im Umfang von 4.2 Mio. Fr. zur Entlastung des Voranschlags 2011 beigetragen hätten. Das Kantonsspital Bruderholz verzeichne zudem wegen des Wegzugs des UKBB einen Einnahmehausfall von 5,4 Mio. Fr. (z.B. Mieteinnahmen). Weitere Kürzungen seien nicht umsetzbar, ohne dass dies Aufgaben- und Ertragsreduktionen zur Folge hätte.

://: Die Finanzkommission lehnt den Budgetantrag 2010/316/09 mit 8:5 Stimmen ab.

*Antrag Nr. 2010/316-10 der Grünen Fraktion betreffend die Kürzung des Aufwandtotals der Dienststellen P2301, P2302 und P2303 um 3%.
Direktionen/Dienststelle: Tiefbauamt/Strassen (P2301), Zentrales Fahrzeugwesen (P2302), Wasserbau (P2303)
Konto/Kontogruppe: 3 Aufwand - 2'100'000.-*

Die Mehrheit der Finanzkommission lehnt den Antrag ab und schliesst sich der Argumentation des Regierungsrates an. Dieser hält fest, dass im budgetierten Aufwand von 69.9 Mio. Fr. Personalkosten, Abschreibungen und der Treibstoffeinkauf in der Höhe von insgesamt 48.7 Mio. Fr. enthalten seien, die kurzfristig als Fixkosten betrachtet werden müssten. Somit wirke sich der Kürzungsauftrag auf die verbleibenden 21.2 Mio. Fr. als Budgetkürzung von rund 10% aus. Eine Kürzung des betrieblichen Unterhalts der Kantonsstrassen, des Gewässerunterhalts und der Betriebs- und Unterhaltskosten der kantonalen Fahrzeugflotte um 10% sei aus Gründen der Sicherheit und auch haftungsrechtlich nicht verantwortbar.

://: Die Finanzkommission lehnt den Budgetantrag 2010/316/10 mit 7:5 Stimmen ab.

*Antrag Nr. 2010/316-11 der SP-Fraktion betreffend Einsparungen von CHF 1'750'000 CHF in der Dienststelle P2301.
Direktionen/Dienststelle: Tiefbauamt/Strassen (P2301)
Konto/Kontogruppe: 50 Sachanlagen - 1'750'000.-*

Dieser Antrag betrifft die Investitionsrechnung, so dass er keine unmittelbare Wirkung auf das Defizit hat. Die antragstellende Fraktion ist der Meinung, dass bei total Nettoinvestitionen von 58.62 Mio. Fr. Einsparungen von 1.75 Mio. Fr. (3%) im Bereich des Möglichen seien. Unter diesem Konto sind diverse Realisierungs- und Pro-

jektierungsarbeiten aufgeführt, so dass mit den entsprechenden Kürzungen (z.B. minimale Reduktion des Standards bei der Ausführung) und Verschiebungen unter diesen Konti diese Einsparung erreicht werden könne.

Der Regierungsrat hingegen bekräftigt, dass die Nettoinvestitionen von 58.62 Mio. Fr. bereits das Ergebnis einer äusserst restriktiven Budgetierung seien. Damit würden nur die nötigsten Massnahmen abgedeckt, um den Kollaps der Verkehrsinfrastruktur zu verhindern.

://: Die Finanzkommission befürwortet den Budgetantrag 2010/316/11 mit 7:5 Stimmen.

*Antrag Nr. 2010/316-12 der Grünen Fraktion betreffend die Kürzung des Aufwandtotals der Dienststelle P2304 um 2%.
Direktionen/Dienststelle: Hochbauamt (P2304)
Konto/Kontogruppe: 3 Aufwand - 1'700'000.-*

Die Mehrheit der Finanzkommission lehnt den Antrag ab und schliesst sich der Argumentation des Regierungsrates an. Dieser verweist auch hier auf die fixen Kosten, die 80% ausmachen. Eine Reduktion um 2% des Gesamtaufwands würde zu einer Kürzung von 10% der variablen Kosten führen.

://: Die Finanzkommission lehnt den Budgetantrag 2010/316/12 mit 7:5 Stimmen ab.

*Antrag Nr. 2010/316-13 der Umweltschutz- und Energiekommission betreffend die Weiterführung der Projekte «Abfallpädagogikkurse + KVA-Exkursionen» sowie «Abfall und Anti-Littering in den Schulen» in gleichem Rahmen. Es ist ein Betrag von CHF 80'000.- ins Budget 2011 aufzunehmen. Die Kündigungen der Verträge mit den Abfallpädagoginnen sind rückgängig zu machen.
Direktionen/Dienststelle: Amt für Umweltschutz (P2305)
Konto/Kontogruppe: 301 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals, 302 Löhne der Lehrkräfte, 303 Temporäre Arbeitskräfte, 304 Zulagen, 305 Arbeitgeberbeiträge + 80'000.-*

Die Befürworter des Antrags möchten verhindern, dass die Abfallpädagogikkurse zum Thema Ressourcenschonung und Anti-Littering abgeschafft werden.

Die Mehrheit der Finanzkommission lehnt den Antrag ab und schliesst sich der Argumentation des Regierungsrates an. Dieser verweist auf die verschiedenen Bildungsangebote zu Umweltthemen von Seiten privater Organisationen.

://: Die Finanzkommission lehnt den Budgetantrag 2010/316/13 mit 8:3 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

*Antrag Nr. 2010/316-14 der Grünen Fraktion betreffend die Kürzung des Aufwandtotals der Dienststelle P2306 um 2%.
Direktionen/Dienststelle: Amt für Industrielle Betriebe (P2306)
Konto/Kontogruppe: 3 Aufwand - 600'000.-*

Die Mehrheit der Finanzkommission lehnt den Antrag ab und schliesst sich der Argumentation des Regierungsrates an. Dieser hält fest, dass sich das AIB vollständig über die Gebühren finanziert. Basis für die Eigenfinanzierung seien die Betriebskostenrechnungen der Betriebe und nicht die im Budget abgebildete Finanzbuchhaltung. Da insbesondere die Abwasserrechnung jährlich ausgeglichen abschliesse, führten geringere Ausgaben direkt zu geringeren Einnahmen. Einsparungen bei den laufenden Kosten

hätten somit keinen positiven Einfluss auf den Staatshaushalt.

://: Die Finanzkommission lehnt den Budgetantrag 2010/316/14 mit 9:4 Stimmen ab.

*Antrag Nr. 2010/316-15 der Landräte Martin Rüegg (SP) und Christoph Buser (FDP) betreffend die finanzielle Unterstützung des Jura-parks Basellandschaft mit CHF 250'000.-.
Direktionen/Dienststelle: Amt für Raumplanung (P2307)
Konto/Kontogruppe: 3132 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten + 250'000.-*

Der Budgetantrag 2010/316/15 wird zurückgezogen werden.

*Antrag Nr. 2010/316-16 der Grünen Fraktion betreffend die Kürzung der Gesamtsumme des Aufwands der Dienststellen P2401, P2402, P2403 um 2%.
Direktionen/Dienststelle: Stab SID resp. SID Generalsekretariat (P2401), Rechtsdienst (P2402), Aufsichtsstelle Datenschutz (P2403)
Konto/Kontogruppe: 3 Aufwand - 800'000.-*

Die Mehrheit der Finanzkommission lehnt den Antrag ab und schliesst sich der Argumentation des Regierungsrates an. Dieser hält fest, dass die Zunahme des Aufwands im Budget 2011 im Umfang von 2.89 Mio. Fr. vorwiegend auf exogene, d.h. nicht beeinflussbare Faktoren zurückzuführen sei. Allerdings bereite die Kostensteigerung im Straf- und Massnahmenvollzug Kummer. Wegen der Zunahme der Gewaltkriminalität verfügten die Gerichte mehr Massnahmen und längere Strafen als früher. Die Abweichungen zwischen Budget und Rechnung hätten in den vergangenen Jahren im tiefen einstelligen Prozent-, teilweise sogar im Promillebereich gelegen. Daher könnten diese zusätzlichen Kürzungen ohne Abbau beim Volumen und der Qualität der erbrachten Dienstleistungen nicht realisiert werden.

://: Die Finanzkommission lehnt den Budgetantrag 2010/316/16 mit 8:4 Stimmen ab.

*Antrag Nr. 2010/316-17 der Grünen Fraktion betreffend die Kürzung des Aufwandtotals der Dienststelle P2450 um 1.5%.
Direktionen/Dienststelle: Staatsanwaltschaft (P2450)
Konto/Kontogruppe: 3 Aufwand - 400'000.-*

Die Antragsteller fordern Kürzungen bei der neu geschaffenen, vereinigten Staatsanwaltschaft. Diese sei im Vergleich zu anderen Kantonen gut dotiert.

Die Mehrheit der Finanzkommission lehnt den Antrag ab und schliesst sich der Argumentation des Regierungsrates an. Dieser bekräftigt, dass die im Budget eingestellten Mittel dringend benötigt würden, damit die neue Staatsanwaltschaft ihre Aufgaben gemäss der Schweizerischen Strafprozessordnung per 1. Januar 2011 erfüllen könne. Die kürzlichen Entscheide des Landrates bezüglich Staatsanwaltschaft können nicht rückgängig gemacht werden. Die Staatsanwaltschaft sei – auch im Vergleich mit anderen Kantonen – nicht überdotiert. Wie sich die Neuorganisation auswirkt, wird laufend überprüft werden. Eine definitive Beurteilung wird nach 1 bis 2 Jahren möglich sein.

://: Die Finanzkommission lehnt den Budgetantrag 2010/316/17 mit 8:4 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

Antrag Nr. 2010/316-18 der Grünen Fraktion betreffend die Kürzung des Aufwandtotals des Transfersaldos um 3%.

Direktionen/Dienststelle: BKSD (P250)

Konto/Kontogruppe: 3 Aufwand

- 6'500'000.-

Die Antragsteller fordern Kürzungen bei den tertiären Bildungsinstitutionen Universität Basel und Fachhochschule Nordwestschweiz. Es gelte das Kostenwachstum von 5% bei der Uni und von 10% bei der FHNW zu drosseln.

Die Mehrheit der Finanzkommission lehnt den Antrag ab und schliesst sich der Argumentation des Regierungsrates an. Dieser weist darauf hin, dass sich der Kanton Baselland durch Verträge mit den Nachbarkantonen zu diesen Leistungen an die Uni und an die FHNW verpflichtet habe. Baselland wolle ein verlässlicher Partner sein.

://: Die Finanzkommission lehnt den Budgetantrag 2010/316/18 mit 10:3 Stimmen ab.

Antrag Nr. 2010/316-19 der Landräte Jürg Wiedemann (Grüne), Martin Rüegg (SP), Paul Wenger (SVP), Urs von Bidder (EVP) betreffend die Erhöhung des Kontos Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen um CHF 557'600.- auf CHF 3'165'000.-.

Direktionen/Dienststelle: Sekundarschulen inkl. Werkjahr (P2507)

Konto/Kontogruppe: 317 Spesenentschädigungen + 557'600.-

Die Antragsteller wehren sich gegen die vorgesehenen Budgetkürzungen bei Exkursionen, Schulverlegungen und Projektwochen. Die ausserschulischen Anlässe fördern den sozialen Zusammenhalt einer Klasse erheblich, und davon profitiere letztlich der Unterricht.

Die Finanzkommission lehnt den Antrag ab und schliesst sich der Argumentation des Regierungsrates an. Dieser erklärt, dass die vorgesehene Kürzung der Mittel nicht zur Absage von ausserschulischen Anlässen führe. Jedoch wird man den mancherorts hohen Standard nicht mehr halten können. Die aktualisierten Reglemente würden die «Spielregeln» präzisieren und Höchstgrenzen für Lagerkosten festlegen. Mit den definierten Kosten können Lager auch pädagogisch intelligenter gestaltet werden. Auch sollen die Schulleitungen stärker verpflichtet werden, zu kontrollieren, so dass sogenannte «Luxuslager und -exkursionen» nicht mehr möglich sein werden.

://: Die Finanzkommission lehnt den Budgetantrag 2010/316/19 mit 11:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

Antrag Nr. 2010/316-20 der Landräte Martin Rüegg (SP) und Marianne Hollinger (FDP) betreffend die Zahlung der Hälfte (CHF 1'200'000.-) der bisherigen Jahrestanche für das Jahr 2011.

Direktionen/Dienststelle: Sportamt (P2513)

Konto/Kontogruppe: 3632 Beiträge an Gemeinden / Gemeinde-Zweckverbände oder 3635 Beiträge an private Unternehmen + 1'200'000.-

Die Antragstellenden möchten mit dem Antrag verhindern, dass bei der Unterstützung von regionalen und kantonalen Sportstätten eine Zäsur von 2 Jahren entsteht, weil die Regierung mit der Umsetzung von KASKAK III bis 2013 zuwarten will.

Die Mehrheit der Finanzkommission lehnt den Antrag ab und schliesst sich der Argumentation des Regierungsrates an. Dieser erklärt, dass es rein materiell keine «beitragslose Phase» gebe, weil Beiträge für Projekte auch aus dem Swisslos-Sport-Toto-Fonds finanziert werden kön-

nen. Im Übrigen sei eine Beratung der Kriterien und der finanziellen Aspekte auf der Basis einer Vorlage zweckmässiger. Die Vorlage zu KASKAK III befinde sich im Mitberichtsverfahren.

://: Die Finanzkommission lehnt den Budgetantrag 2010/316/20 mit 10:1 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

Antrag Nr. 2010/316-21 der Grünen Fraktion betreffend die Kürzung der Gesamtsumme des Aufwandtotals der Dienststellen P2600-P2614 um 1%.

Direktionen/Dienststelle: Kantonsgericht (P2600), Strafgericht (P2601), Verfahrensgericht (P2602), Steuer- und Enteignungsgericht (P2603), Bezirksgericht Arlesheim (P2604), Bezirksgericht Liestal (P2605), Bezirksgericht Sissach (P2606), Bezirksgericht Waldenburg (P2607), Bezirksgericht Laufen (P2608), Statthalteramt Arlesheim (P2609), Statthalteramt Liestal (P2610), Statthalteramt Sissach (P2611), Statthalteramt Waldenburg (P2612), Statthalteramt Laufen (P2613), Besonderes Untersuchungsrichteramt (P2614)

Konto/Kontogruppe: 3 Aufwand

- 300'000.-

Der Antragsteller zeigt Verständnis dafür, dass mit der StPo und ZPO grosse Änderungen auf die Gerichte zukommen werden. Er erachtet es aber grundsätzlich als falsch, Reserven zu budgetieren. Die Versuchung sei einfach zu gross, diese Reserven zu brauchen. Besser wäre es, ambitiös zu budgetieren, dafür aber in begründeten Fällen eine Budgetüberschreitung zu ermöglichen.

Der Kantonsgerichtspräsident bestätigt, dass Mittel für Reservestellen eingestellt sind, die nur «falls wirklich nötig» verwendet würden. Dafür müsse das einzelne Gericht zunächst Antrag an das Kantonsgericht stellen. Im Bedarfsfall könne dann rasch reagiert werden, ohne dass das Budget überschritten wird. Die Aufstockung im Kanton Baselland sei sehr zurückhaltend erfolgt, nämlich um 9,2%. Im Kanton Wallis und im Kanton Aargau, wo ebenfalls auf die einstufige Staatsanwaltschaft gewechselt werden musste, betrug die Aufstockung 12,6% bzw. 13,5%. Im Kanton Zürich betrug die Aufstockung 2,9% und im Kanton Solothurn 3,5%, aber dort wurde bereits früher die einheitliche Staatsanwaltschaft eingeführt.

://: Die Finanzkommission unterstützt den Budgetantrag 2010/316/21 mit 7:5 Stimmen.

Antrag Nr. 2010/316-22 der SVP-Fraktion betreffend die Reduktion des Kontos für Dienstleistungen und Honorare um CHF 350'000.-.

Direktionen/Dienststelle: Kantonsgericht (P2600)

Konto/Kontogruppe: 313 Dienstleistungen und Honorare

- 350'000.-

Der Budgetantrag 2010/316/22 Antrag wird zurückgezogen.

6. Anträge des Regierungsrates zum Budget 2011

6.1 Personalpolitische Massnahmen, Reduktion Konto 301 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

Profitcenter P2104 Personalamt -2'700'000

Im Budget sind beim Personalamt zentral 8 Mio. Fr. für die Umsetzung der 5. Ferienwoche eingestellt. Die etappenweise Einführung verursacht im Budget 2011 Kosten von 5.3 Mio. Fr. Die Budgetposition kann daher um 2.7 Mio. Fr. reduziert werden. Die zusätzliche Ferien-

woche soll im Wesentlichen durch Produktivitätsfortschritte bezahlt werden. Nur dort, wo es unumgänglich ist – nämlich bei den Schichtbetrieben –, braucht es zusätzliche personelle Kapazitäten.

Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, dass die Reduktion auf 8 Mio. Fr. erhöht wird. Die SVP lehnt die Einführung der fünften Ferienwoche ab.

Auch aus anderen Fraktionen wird die Meinung geäußert, dass der Zeitpunkt für die Einführung der fünften Ferienwoche sehr schlecht sei. Hinzu komme, dass die Gemeinden unter einem gewissen Zugzwang stünden und die fünfte Ferienwoche ebenfalls gewähren müssten.

Die Mehrheit der Finanzkommission lehnt den Antrag der SVP ab und folgt dem Regierungsantrag.

Schliesslich habe man sich mit den Personalverbänden darauf geeinigt, dass kein Teuerungsausgleich gewährt wird, dafür aber die fünfte Ferienwoche eingeführt wird. Die Gewährung des Teuerungsausgleichs würde den Kanton deutlich mehr belasten, als die Einführung der fünften Ferienwoche nun kostet. Der Kanton soll ein attraktiver Arbeitgeber sein und mit einem gut motivierten Personal die kommende Aufgabenüberprüfung an die Hand nehmen können.

://: Die Finanzkommission lehnt den Antrag der SVP-Fraktion mit 7:3 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

://: Die Finanzkommission befürwortet den Antrag des Regierungsrates mit 10:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen, das Konto 301 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals um 2,7 Mio. Fr. zu reduzieren.

6.2 Kompensation Rückerstattung Realschulbauten bei der Übernahme der Sekundarschulbauten, Reduktion Konto 463 Beiträge von Gemeinwesen und Dritten - 6'200'000 Erhöhung Konto 461 Entschädigungen von Gemeinwesen + 5'586'250 Profitcenter 2102 Finanzverwaltung

Gemäss der Landratsvorlage «Übernahme der Sekundarschulbauten und -anlagen durch den Kanton» (zur Zeit in Kommissionsberatung) wird die Rückerstattung der Unterhalts- und Kapitalkosten der Realschulbauten nicht, wie ursprünglich vorgesehen, über eine Anpassung des EL-Schlüssels, sondern über einen separaten Kompensationsmechanismus ausgeglichen. Im Budget war noch von einer Kompensation über den EL-Schlüssel ausgegangen worden.

Per Saldo resultiert eine Budgetverschlechterung von Fr. 613'750.

Mitglieder aus der Kommission betonen, dass die vorgeschlagene Variante bei den Gemeinden höchst umstritten sei. Andererseits sei aber klar, dass jetzt die Zahlen gemäss Vorlage im Budget erfasst werden müssten. Wenn die Beratung der Vorlage ein anderes Resultat ergebe, müsste das Budget 2011 entsprechend korrigiert werden.

://: Die Finanzkommission spricht sich mit 10:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen dafür aus, dem Antrag der Regierung zu folgen.

6.3 Prämienverbilligung, Erhöhung Konto 363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte +4'900'000 Reduktion Konto 463 Entschädigungen von Gemeinwesen und Dritten -1'256'000 Profitcenter 2100 Generalsekretariat

Aufgrund von veränderten Einkommensverhältnissen und der Anzahl Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen muss der Budgetwert für die Prämienverbilligungen um 4,9 Mio. Fr. angehoben werden.

Der definitive Beitrag des Bundes 2011 fällt um 1,256 Mio. Fr. tiefer aus als ursprünglich budgetiert, weshalb diese Ertragsposition entsprechend zu reduzieren ist.

Die SP-Fraktion beantragt, dass der Kanton seinen Beitrag an die Prämienverbilligung um 10 Mio. Fr. statt nur um 4,9 Mio. Fr. erhöhe. Die im Budget vorgesehene Beitragserhöhung von 4,9 Mio. Fr. entspreche lediglich dem vorgeschriebenen gesetzlichen Minimum. Das Problem im Bereich Prämienanstieg sei massiv grösser und bewirke, dass Kreise im Kanton an Einkommen, Kaufkraft und Subsistenz verlieren. Es würde dem Kanton gut anstehen, eine zusätzliche Verbilligung zu gewähren.

Die Mehrheit der Finanzkommission lehnt den Antrag ab. Einige finden das Konzept verfehlt, einem Viertel der Bevölkerung finanzielle Unterstützung zu gewähren, nur weil es nicht gelinge, die Gesundheitskosten einigermaßen in den Griff zu bekommen. Jene, die Prämienverbilligungen beziehen, verfügten zudem noch über einigen Handlungsspielraum, um dafür zu sorgen, dass die Prämien tiefer ausfallen bzw. weniger stark ansteigen.

://: Die Finanzkommission lehnt den Antrag der SP, 10 Mio. Fr. statt 4,9 Mio. Fr. für die Prämienverbilligungen im Budget 2011 einzustellen, mit 10:3 Stimmen ab.

://: Die Finanzkommission unterstützt den Antrag des Regierungsrates, für die Prämienverbilligungen 4,9 Mio. Fr. im Budget 2011 einzustellen, mit 12:0 Stimmen bei 1 Enthaltung.

6.4 Ergänzungsleistungen an AHV/IV Erhöhung Konto 363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte +7'600'000 Erhöhung Konto 463 Entschädigungen von Gemeinwesen und Dritten +2'200'000 Profitcenter 2102 Finanzverwaltung

://: Die Finanzkommission spricht sich mit 12:0 Stimmen bei 1 Enthaltung dafür aus, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen.

6.5 Erhöhung AG-Beitragssatz Arbeitslosenversicherung Erhöhung Konto 305 Arbeitgeberbeiträge + 880'000 Alle Profitcenter mit Personalkosten

://: Die Finanzkommission spricht sich mit 12:0 Stimmen bei 1 Enthaltung für den Antrag des Regierungsrates aus.

6.6 Kantonale Steuern (P2107)**Konto 400 Erhöhung Einkommenssteuer natürliche Personen + 10'000'000**

Die Regierung begründet ihren Antrag damit, dass die Konjunktur 2010 deutlich besser verläuft, als dies zum Zeitpunkt der Budgetierung und auch seitens der BAK angenommen worden war. Die Erwartungsrechnung 2010 wird deshalb um 15 Mio. Fr. besser ausfallen als noch im August 2010 erwartet. Der entsprechende Budgetwert kann um 10 Mio. Fr. erhöht werden.

://: Die Finanzkommission spricht sich mit 12:0 Stimmen bei 1 Enthaltung für den Antrag des Regierungsrates aus.

6.7 Kantonale Steuern (P2107)**Konto 4010 Erhöhung Gewinnsteuern juristische Personen + 14'500'000**

Die Regierung begründet ihren Antrag damit, dass auf Grund der bisherigen Veranlagungen aus dem Jahr 2009 die Erwartungsrechnung für 2010 um 10 Mio. Fr. und der Budgetwert für 2011 um 14.5 auf neu 140 Mio. Fr. erhöht werden können. Aufgrund von aktuellen Gesprächen mit Unternehmen könne zudem ein zusätzlicher Ertrag von 14 Mio. Fr. in der Jahresrechnung 2010 erwartet werden; der Mehrertrag in diesem Zusammenhang ist im neuen Budgetwert 2011 von 145 Mio. Fr. bereits enthalten.

://: Die Finanzkommission spricht sich mit 13:0 Stimmen für den Antrag des Regierungsrates aus.

7. Anträge der Finanzkommission

Die Finanzkommission unterbreitet dem Landrat einen geänderten Entwurf des Landratsbeschlusses zum Voranschlag 2011.

Die Ziffern 1, 2, 3 erfahren aufgrund der Kommissionsanträge eine zahlenmässige Anpassung, ebenso wird Ziffer 7 abgeändert.

Ziffer 1

://: Die Finanzkommission beantragt mit 8:5 Stimmen, der abgeänderten Ziffer 1 zuzustimmen.

Ziffer 2

://: Die Finanzkommission beantragt mit 8:0 Stimmen bei 5 Enthaltungen, der abgeänderten Ziffer 2 zuzustimmen.

Ziffer 3

://: Die Finanzkommission beantragt mit 10:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen, der abgeänderten Ziffer 3 zuzustimmen.

Ziffer 4

://: Die Finanzkommission beantragt einstimmig mit 13:0 Stimmen, der Ziffer 4 zuzustimmen.

Ziffer 5

://: Die Finanzkommission beantragt einstimmig mit 13:0 Stimmen, dem beiliegenden Dekret zum Steuerfuss 2011 zuzustimmen und den Steuerfuss für die Einkommenssteuer natürlicher Personen für das Jahr 2011 auf 100% festzulegen.

Ziffer 6

://: Die Finanzkommission beantragt einstimmig mit 13:0 Stimmen, der Abschreibung des Postulats [2009/302](#) der SVP-Fraktion zuzustimmen.

Ziffer 7

://: Die Finanzkommission beantragt mit 6:5 Stimmen bei 2 Enthaltungen, das Postulat [2009/303](#) der SVP-Fraktion *nicht* abzuschreiben.

Binningen, den 29. November 2010

Namens der Finanzkommission

Der Präsident:

Marc Joset

Beilagen

- Entwurf Landratsbeschluss
(von der Finanzkommission abgeändert)
- Entwurf «Dekret über den Steuerfuss 2011» gemäss Ziffer 5 des Landratsbeschlusses (in der von der Redaktionskommission bereinigten Fassung)

Landratsbeschluss

Voranschlag 2011

vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Dem Budget 2011 der Erfolgsrechnung mit einem Aufwand von 2'772.8 Millionen Franken (einschliesslich Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von 77.3 Millionen Franken) und einem Ertrag von 2'756.0 Millionen Franken, was einen Aufwandüberschuss von 16.8 Millionen Franken ergibt, wird zugestimmt.
2. Dem Investitionsbudget 2011 mit Ausgaben von 466.3 Millionen Franken und Einnahmen von 93.6 Millionen Franken, ergebend Nettoinvestitionen von 372.7 Millionen Franken, wird zugestimmt.
3. Von der Gesamtrechnung, bestehend aus einem Aufwandüberschuss in der Erfolgsrechnung von 16.8 Millionen Franken (nach einer Eigenkapitalentnahme von 60 Millionen Franken), Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von 77.3 Millionen Franken, Nettoinvestitionen von 372.7 Millionen Franken, was einen Finanzierungsbedarf von 358.8 Millionen Franken ergibt, wird Kenntnis genommen.
4. Die geänderten Leistungsaufträge der Sicherheitsdirektion werden zur Kenntnis genommen. Gemäss § 4 Abs. 2 und § 5 Dekret zum Finanzhaushaltsgesetz haben diese Dienststellen die Kreditverschiebungskompetenz.
5. Mit beiliegendem Dekret zum Steuerfuss 2011 wird der Steuerfuss für die Einkommenssteuer natürlicher Personen für das Jahr 2011 auf 100% festgelegt.
6. Das Postulat der SVP-Fraktion: Budget-Voranschlag 2010: Konto 3170 Reisekosten und Spesen – Betriebsanlässe in den Dienststellen (2009/302) wird abgeschrieben.
7. Das Postulat der SVP-Fraktion: Budget-Voranschlag 2010: Ausweis für die %-Abweichung von Kontobeträgen gegenüber früher (Bsp. / technisch realisierbar) (2009/303) wird nicht abgeschrieben.

Liestal,

Im Namen des Landrates

Die Präsidentin:

Der Landschreiber:

Dekret

über den Steuerfuss 2011

Vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft, gestützt auf §19^{bis} des Gesetzes vom 7. Februar 1974¹ über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz) sowie gestützt auf § 32b Absatz 3 des Finanzhaushaltsgesetzes vom 18. Juni 1987², beschliesst:

§ 1 Steuerfuss 2011

Der kantonale Einkommenssteuerfuss für das Steuerjahr 2011 beträgt 100%.

§ 2 Inkrafttreten

Dieses Dekret tritt am 1. Januar 2011 in Kraft.

Liestal,

IM NAMEN DES LANDRATES

Die Präsidentin:

Der Landschreiber:

¹ GS 25.427, SGS 331

² GS 29.492, SGS 310